



Verleihung  
Bürgerpreis in  
Rathenow

## Linksfraktion entwirft neues Leitbild für Brandenburg

Die Fraktion im Landtag Brandenburg wird ihr 2008 vorgelegtes Leitbild erneuern. Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft sollen die Leitlinien sowohl für die Perspektive des Landes bis 2020 als auch für die praktische Politik der Fraktion in den nächsten Jahren sein. Es geht um Nachhaltigkeit in allen Bereichen; die soziale Frage muss im Zentrum von Entscheidungen und Debatten stehen.

Die Schwerpunkte der Arbeit sind mit den Eckpunkten für die Nachhaltigkeitsstrategie formuliert:

- Nachhaltige Bildungslandschaft fördern
- Wirtschaft und Arbeit (in der Hauptstadtregion)
- Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer
- Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel
- Zukunftsfähige Finanzpolitik

Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft sind die Leitlinien der LINKEN für die bevorstehenden parlamentarischen Auseinandersetzungen zum Haushalt 2012.

## Inklusion ist möglich!

Der Begriff Inklusion ist noch ein bisschen fremd und doch in aller Munde: Er basiert auf dem Gedanken einer vielfältigen Gesellschaft, von der niemand ausgeschlossen sein darf. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im März 2009 hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, den Weg in eine inklusive Gesellschaft zu gehen.

DIE LINKE hat sich in ihrer bildungspolitischen Debatte auf das Thema „inklusive Schule“ konzentriert. Sie einigte sich auf folgende Vorschläge, um das Projekt inklusive Schule auf den Weg zu bringen:

Unverzüglich muss eine Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte von Regel- wie auch von För-

derschulen aufgelegt werden. Entsprechende Vertretungskapazitäten an den Schulen müssen dazu geschaffen werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass der Bund ein Investitionsprogramm inklusive Schule auflegt.

Die Vorbereitungen für die Einrichtung eines Studienganges Sonderpädagogik an der Universität Potsdam zum Studienjahr 2013/14 müssen unverzüglich in Angriff genommen und die finanziellen Ressourcen bereit gestellt werden.

Der Richtwert für die Einrichtung von Klassen für alle Grundschulen soll von 25 auf 23 Schülerinnen und Schüler reduziert werden.

### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros  
finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

# Newsletter 10

Oktober 2011, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes-  
und kommunalpolitischen Themen



## Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

die jüngsten Sitzungswochen hatten gleich mehrere Höhepunkte:

1. Der Papst war im Bundestag. Etwa die Hälfte der Linksfraktion mischte sich unter die ca. 10.000 Menschen, die vor allem gegen die dogmatischen Positionen einer immer konservativeren katholischen Kirche demonstrierten. Somit war ein Teil unserer Stühle im Plenarsaal unbesetzt, eine sehr geeignete Form des Protestes.

2. Die Abstimmung über den Europäischen Stabilisierungsfonds: die Kanzlermehrheit stand! Aber was heißt das? Fakt ist - der Vertrag von Lissabon ist außer Kraft gesetzt und ein Ende der Eurokrise ist nicht in Sicht. Gregor Gysi warf der Bundesregierung vor, sie schütze nur die Banken und nicht die Menschen.

3. Die Oppositionsfraktionen waren sich einig: Die Kinderrechte sollen ins Grundgesetz aufgenommen und das Asyl- und Aufenthaltsrecht an die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen angepasst werden. Die Fachdebatte um den neuen Entwurf des Kinderschutzgesetzes zeigte dessen Mängel, vor allem im Bereich der notwendigen Verknüpfung der verschiedenen Sozialgesetzbücher sowie bei fest zu formulierenden Rechten für Kinder.

Viele Themen, viel zu berichten. Ich verweise an dieser Stelle gern auf meine Homepage sowie auf meine Abgeordnetenseite bei Facebook, die stets aktuelle Informationen liefern.

Viele Spaß beim Lesen!

Ihre Diana Golze

## Spruch des Monats

„Selbst in ihrem Schweigen scheint die Bevölkerung unendlich viel erwachsener als all die Hampelmänner, die sich zanken, um sie zu regieren.“ aus dem Buch: Der kommende Aufstand

## TERMINE

### 6. Oktober 2011

Besuch des Amtsgerichts  
Rathenow

### 7. Oktober 2011

Besuch der Polizeiwache  
Rathenow

### 11. Oktober 2011

Bürgersprechstunde in  
Bad Belzig

### 13. Oktober 2011

Bürgersprechstunde in  
Rathenow, Bürgerbüro

### 15. Oktober 2011

Beratung der Bundes-  
parteitagsdelegierten Brbg,  
Potsdam

### 21.-23. Oktober 2011

Bundesparteitag der LINKEN  
in Erfurt

### 29. Oktober 2011

Gesamtmitgliederversammlung  
Brandenburg an der Havel

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Bund zahlt Mittagessen für Schüler nur bis 2013

Die Bundesregierung hat klargestellt, dass sie die Länder und Kommunen nur bis 2013 bei der Finanzierung von außerschulischen Mittagessen für Schüler in Hortbetreuung und von Schulsozialarbeit unterstützt. 400 Millionen Euro seien dafür eingeplant, schreibt sie in ihrer Antwort (DS 17/6831) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (DS 17/6759). Es sei „nicht vorgesehen und nicht erforderlich“, über eine Verlängerung dieser Maßnahme nachzudenken.

Die Kommunen in Brandenburg laufen jetzt schon finanziell auf dem Zahnfleisch. Sie überlegen eher, wo sie sparen können und suchen nicht nach Aufgaben, die sie zusätzlich übernehmen können. Mit dem Schritt der Bundesregierung wird die soziale Schere in Brandenburg noch weiter auseinander gehen. Neben der aktuell diskutierten Altersarmut wird es einen noch höheren Anstieg an Kinder- und Familienarmut geben. DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass jedes Kind im Land ein warmes und gesundes Mittagessen bekommt.

## Interessen Brandenburgs bei der Bundeswehrreform berücksichtigen

Im Zuge der Bundeswehrstrukturreform wird es zu einer Reduzierung der Bundeswehr-Standorte kommen. Die Menschen in der Region erwarten zu Recht von der Bundesregierung, dass sie bei den Standortentscheidungen die struktur- und wirtschaftspolitischen Folgewirkungen für die betroffenen Kommunen berücksichtigt.

Es ist kein Geheimnis, dass DIE LINKE die außenpolitische Instrumentalisierung der Soldatinnen und Soldaten durch Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Dies ist ausdrücklich keine Positionierung gegen die Soldatinnen und Soldaten. Gleichwohl haben die Soldatinnen und Soldaten, die Zivilbeschäftigten und die Standortkommunen unsere Unterstützung, wenn es darum geht, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Die Bundeswehr hat sich in den vergangenen 20 Jahren für das Land Brandenburg als ein wichtiger und verlässlicher Partner erwiesen. Dies trifft insbesondere für die Mitwirkung der Streitkräfte bei der Bewältigung der Naturkatastrophen bzw. Schadensereignisse an der Oder im Jahr 1997, an der Elbe im Jahr 2002 und auch im Jahr 2010 zu.

Wir erwarten, dass im Rahmen der Reform berücksichtigt wird, dass die Bundeswehr auch künftig ausreichend Einsatzkräfte und Technik zur gemeinsamen Bewältigung von Katastrophen und Hochwasserlagen, von denen Brandenburg in der letzten Zeit häufig betroffen war, bereitstellen kann. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass die von Standortschließung betroffenen Kommunen durch ein vom Bund aufgelegtes Bundeskonversionsprogramm begleitet und unterstützt werden.

DIE LINKE fordert, dass zur gemeinsamen Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und kommunalen Folgen der Truppenreduzierungen und Standortschließungen eine Konversionspartnerschaft zwischen dem Land Brandenburg, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Wehrbereichsverwaltung und den von Konversion betroffenen Standortgemeinden initiiert wird.

DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung die Auflage eines Rüstungsaltslastenfinanzierungsgesetzes, um die Kostenverteilung für die Munitionsberäumung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu regeln.

## Jeder Fünfte in Ostdeutschland armutsgefährdet

Die Armutsgefährdungsquote enthüllt, was sonst oft im Verborgenen verbleibt: Ein Fünftel der Menschen in Ostdeutschland lebt bereits in Armut oder ist akut gefährdet, in diese existentielle Not zu geraten. Dies geht aus den aktuell vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten zur Armutsgefährdungsquote hervor.

Die Armutsgefährdungsquote in Ostdeutschland beträgt 19 Prozent. In Westdeutschland liegt sie bei 13 Prozent. Beide Zahlen sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Skandals und Zeugnis einer völlig verfehlten Lohn- und Sozialpolitik der verschiedenen Bundesregierungen in den zurückliegenden Jahren. Die Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme sowie die konsequent fortgeführte Niedriglohnpolitik in Deutschland betrifft Ost wie West gleichermaßen. Dennoch wird anhand der Armutsgefährdungsquote einmal mehr die nach wie vor tie-

fe soziale Kluft zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland deutlich.

In Ostdeutschland werden 21 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung noch immer niedrigere Löhne gezahlt, sind fast doppelt so viele Menschen arbeitslos, liegt die Gefahr, im Alter in Armut zu geraten, wesentlich höher als in Westdeutschland. Hinter den abstrakten Zahlen jedoch stehen Schicksale von Menschen, die tagtäglich um eine sichere und menschenwürdige Existenz zu ringen haben. Insbesondere Frauen, Alleinerziehende und junge Menschen, zunehmend aber auch Rentnerinnen und Rentner sind davon besonders betroffen.

Für DIE LINKE bleibt Ostdeutschland eine Kernkompetenz. Der politische Kampf für die Interessen der Ostdeutschen ist Bestandteil des linken Markenkerns.

## LINKE kritisiert Zustimmung der Bundestagsabgeordneten aus dem WK 61 zum Euro-Rettungspaket

Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN für den Wahlkreis 61, Diana Golze, kritisiert die Zustimmung der hiesigen Bundestagsabgeordneten Andrea Voßhoff (CDU), Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Heinz Lanfermann (FDP) zur Erweiterung des Euro-Rettungspakets.

Der erweiterte Euro-Rettungsschirm (EFSF XL) ist Veruntreuung von Steuergeldern, eine riesige Mogelpackung. Es geht dabei nicht darum, den Euro zu retten, sondern die Banken. Alle Risiken der Euro-Krise werden allein dem Steuerzahler aufgebürdet. Die Steuereinnahmen eines ganzen Jahres werden für die Rettung von maroden Banken verpfändet. Da machen wir nicht mit. Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag als einzige Partei geschlossen Nein gesagt. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie eine Garantie für Löhne,

Renten, Sozialleistungen und Sparguthaben abgibt, damit im Haftungsfall nicht die einfachen Leute die Zeche für die Euro-Krise zahlen müssen. Wir wollen, dass die Rettung der europäischen Arbeitnehmer/innen, Erwerbslosen und Rentner/innen Vorrang hat und nicht die der Banken.

Wenn der Haftungsfall eintritt, dann wird der EFSF XL auch für die Kommunen teuer. Schon heute reichen die Einnahmen nicht zur Erfüllung der Pflichtausgaben. Wenn die öffentliche Hand für die Verluste der Banken haften muss, dann heißt das, dass wir Schwimmbäder schließen und Kitagebühren erhöhen müssen, damit Herr Ackermann sich und seinen Bankern weiter dicke Boni zahlen kann. Zu so einem Betrug an den Steuerzahlern sagen wir Nein, und das ist auch gut so.

Mehr Informationen unter [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de). Schauen Sie mal rein!